

Erfolgreiche Gemeindeführung

(Beitrag in der La Quotidiana - Tribuna Politica vom 7. Dezember 2012)

Mit Regelmässigkeit beschäftigt das Thema "Gemeindeführung" die Bündnerinnen und Bündner. Wo es in jüngerer Zeit Gegenstand von politischen Diskussionen war, wurde es kontrovers und häufig emotional diskutiert: Einmal ist es das Pensum des Gemeindepräsidenten/der Gemeindepräsidentin, ein anderes Mal ist es die befürchtete Machtkumulation beim Präsidenten, wenn eine Geschäftsleitung das übliche Führungsmodell ablösen soll. Das Thema Gemeindeführung gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Das Milizsystem ist ein roter Faden, welcher sich durch fast alle Bereiche unseres Staates und unserer Gesellschaft zieht und auch in unserem Selbstverständnis einen zentralen Platz einnimmt. Gerade in Bezug auf die schweizerische Gemeindelandschaft ist es ein tragendes Element: Über 80 Prozent aller Gemeindevorstände sind nämlich ehrenamtlich tätig. Viele Gemeinden haben aber zunehmend Mühe, qualifizierte Kandidatinnen oder Kandidaten für die zahlreichen Gemeindeämter zu finden. Die "Haltbarkeit" der ehrenamtlichen Exekutivpolitiker hat sich nach meiner Beobachtung in der Tendenz reduziert. Das Milizsystem steht unter Druck. Dafür gibt es mehrere Ursachen: 1. Die steigende Mobilität der Bevölkerung senkt die Identifikation mit der (momentanen) Wohnsitzgemeinde. Der gesellschaftliche Wandel führt zu einer Individualisierung, gewissermassen weg vom Bürger- hin zum Konsumentenprinzip. 2. Die Ausübung eines öffentlichen Amtes neben der hauptberuflichen Tätigkeit wird immer schwieriger. Politik und Beruf stellen derart hohe Ansprüche, dass Milizbehörden beides nur schwer in Einklang bringen können. 3. Der Bürger und die Wirtschaft stellen - je nach Betroffenheit - immer höhere Ansprüche an Qualität und Quantität der öffentlichen Leistungen. 4. Die übergeordneten staatlichen Instanzen stellen immer höhere Anforderungen an den Aufgabenvollzug. 5. Der "Ertrag" in Form von Ansehen steht in einem zunehmend ungünstigeren Verhältnis zum "Aufwand" in Form von Arbeit, aber auch von öffentlicher Exponiertheit.

Wer wie ich davon überzeugt ist, dass der dreistufige Föderalismus in der Schweiz (Gemeinde, Kanton, Bund) ein Erfolgsmodell darstellt, muss alles daran setzen, dass die föderalen Institutionen nicht geschwächt werden. Die Gemeinde- und Gebietsreform im Kanton Graubünden zielt darauf ab, die Institution Gemeinde zu stärken, d.h. die Gemeinden in ihrer Autonomie zu stärken. Wenn nämlich im Föderalismus versucht wird, auf den Schwächsten Rücksicht zu nehmen, führt dies unweigerlich zur Zentralisierung. Schwache Gemeinden schwächen den Föderalismus. Ein weiterer Ansatz liegt sicherlich in der Anwendung geeigneter bzw. der Optimierung der Gemeindeführungsmodelle. Im Grunde genommen geht es um klare Aufgaben- und Kompetenzverteilung und transparente, nachvollziehbare Prozesse. Zudem erscheint es mir ein Gebot der Stunde zu sein, den gewählten Gemeindebehörden das Vertrauen entgegenzubringen, welches sie für die politische Arbeit brauchen. Dazu gehören auch eine der Leistung entsprechende Entlohnung sowie einfache und effiziente Arbeitsabläufe innerhalb der Gemeindeverwaltung.

Ich bin überzeugt: Der Milizgedanke wird auch in den kommenden Jahren das tragende Element in der Führung der Bündner Gemeinden darstellen, selbst wenn diese zum Teil stärker professionalisiert wird. Professionalisierung steht auch im Einklang mit Miliz und Bürgernähe. Ich sehe deshalb die Professionalisierung als Chance für starke Gemeinden.

Regierungspräsidentin Barbara Janom Steiner
Vorsteherin des Departements für Finanzen und Gemeinden Graubünden